



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 12.5.2010
SEK(2010) 589 endgültig

BERICHT DER KOMMISSION

Finnland

Bericht nach Artikel 126 Absatz 3 AEUV

1. DIE ANWENDUNG DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS IN DER DERZEITIGEN KRISE

Viele EU-Staaten sind derzeit mit einem gesamtstaatlichen Defizit oberhalb des im Vertrag festgelegten Referenzwerts von 3 % des BIP konfrontiert. Der oftmals drastische Anstieg von Defizit und Schuldenstand muss vor dem Hintergrund der beispiellosen Weltfinanzkrise und des globalen Konjunkturrückgangs gesehen werden. Verschiedene Faktoren kommen hier zum Tragen. Erstens hat der Konjunkturrückgang geringere Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben (z. B. für Leistungen bei Arbeitslosigkeit) zur Folge. Zweitens hat die Kommission in Anerkennung der wichtigen Rolle, die der Haushaltspolitik in der aktuellen wirtschaftlichen Ausnahmesituation zukommt, in ihrem Europäischen Konjunkturprogramm vom November 2008, das im Dezember vom Europäischen Rat gebilligt wurde, budgetäre Impulse gefordert. Dem Programm zufolge sollen diese budgetären Impulse je nachdem, in welcher Lage sich ein Mitgliedstaat im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen und seine Wettbewerbsfähigkeit befindet, differenziert und wenn sich die Wirtschaftslage bessert wieder zurückgenommen werden. Schließlich haben mehrere Länder Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors ergriffen, die sich zum Teil auf den Schuldenstand auswirken bzw. die Gefahr künftig höherer Defizite und Schulden bergen, auch wenn die Kosten der staatlichen Konjunkturförderung zum Teil möglicherweise wieder hereingeholt werden können.

Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt muss die Kommission einen Bericht erstellen, wenn das tatsächliche oder geplante Defizit eines Mitgliedstaats den Referenzwert von 3 % des BIP übersteigt. In diesem Bericht, der die erste Stufe des „Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ (des „Defizitverfahrens“) darstellt, werden die Gründe für die Referenzwertüberschreitung analysiert, wobei dem wirtschaftlichen Hintergrund und allen sonstigen einschlägigen Faktoren gebührend Rechnung getragen wird. Mit den Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt von 2005 sollte insbesondere sichergestellt werden, dass der wirtschaftliche und budgetäre Hintergrund auf allen Stufen des Defizitverfahrens in vollem Umfang berücksichtigt wird. Besteht beispielsweise die Auffassung, dass ein „übermäßiges Defizit“ vorliegt, so muss dem wirtschaftlichen Hintergrund und den wirtschaftlichen Aussichten bei den Empfehlungen zum Tempo der Defizitkorrektur hinreichend Rechnung getragen werden. Auf diese Weise bietet der Stabilitäts- und Wachstumspakt einen Rahmen, der die Regierungen bei der umgehenden Wiederherstellung einer soliden Haushaltsposition mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage unterstützt.

2. RECHTLICHER HINTERGRUND

Dieser Bericht, in dem die jüngste und die aktuelle Haushaltsentwicklung Finnlands bewertet und die kurz- und mittelfristigen Aussichten vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der von der Regierung getroffenen Maßnahmen untersucht werden, wird nach Artikel 126 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erstellt.

In Artikel 126 AEUV ist ein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (Defizitverfahren) vorgesehen. Dessen Einzelheiten regelt die zum Stabilitäts- und Wachstumspakt gehörende Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates über die Beschleunigung und Klärung des

Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit¹. Nach Artikel 126 Absatz 2 AEUV prüft die Kommission die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran, a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) den Referenzwert von 3 % überschreitet (es sei denn, dass entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwerts erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird, und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwertes bleibt); und b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum BIP den Referenzwert von 60 % überschreitet (es sei denn, das Verhältnis ist hinreichend rückläufig und nähert sich rasch genug dem Referenzwert).

Nach Artikel 126 Absatz 3 hat die Kommission einen Bericht zu erstellen, falls ein Mitgliedstaat keines oder nur eines dieser Kriterien erfüllt. In diesem Bericht wird auch „berücksichtigt, ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats“.

Nach den von Finnland im April 2010 gemeldeten Daten² soll das gesamtstaatliche Defizit 2010 4,1 % des BIP erreichen und damit den Referenzwert von 3 % des BIP übersteigen, während der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand 49,9 % des BIP betragen soll und damit zwar unter dem Referenzwert von 60 % des BIP liegen, tendenziell aber steigen würde.

Tabelle 1: Gesamtstaatliches Defizit und Schuldenstand^a

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			2011
							KOM	FI	KO M	
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo	2,3	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-4,1	-2,9	
Gesamtstaatlicher Bruttoschuldenstand	44,4	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	49,9	54,9	

Anmerkungen:

^a In Prozent des BIP.

Quelle: Eurostat und Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen.

Die Defizitplanungen 2010 liefern den Anscheinsbeweis, dass in Finnland ein übermäßiges Defizit im Sinne des AEUV sowie des Stabilitäts- und Wachstumspakts besteht. Die Kommission hat daher beschlossen, mit der Annahme des vorliegenden Berichts das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gegen Finnland einzuleiten. Abschnitt 3 des Berichts befasst sich mit dem Defizitkriterium und Abschnitt 4 mit öffentlichen Investitionen und sonstigen einschlägigen Faktoren. In dem Bericht wird auch die am 5. Mai veröffentlichte Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen berücksichtigt.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6. Im vorliegenden Bericht wird auch den „Spezifikationen für die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie Leitlinien zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“ Rechnung getragen, die am 10. November 2009 vom Rat „Wirtschaft und Finanzen“ gebilligt wurden und unter folgender Webadresse einzusehen sind: http://ec.europa.eu/economy_finance/sfp/legal_texts/index_en.htm.

² Nach der Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates müssen die Mitgliedstaaten der Kommission zweimal jährlich die Höhe ihres tatsächlichen und geplanten öffentlichen Defizits und Schuldenstands mitteilen. Die jüngste Datenmitteilung Finnlands ist abrufbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/excessive_deficit/edp_notification_tables.

3. DAS DEFIZITKRITERIUM

2010 soll das gesamtstaatliche Defizit 4,1 % des BIP erreichen. Damit liegt das geplante Defizit deutlich über 3 % des BIP und nicht mehr in der Nähe des AEUV-Referenzwerts. Der Referenzwert von 3 % des BIP wird ausnahmsweise überschritten. Die Überschreitung resultiert insbesondere aus einem schweren Wirtschaftsabschwung im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Auch wenn Finnland mit seinen erheblichen Leistungsbilanz- und Haushaltsüberschüssen 2008 in einer relativ soliden Ausgangsposition von der weltweiten Krise getroffen wurde, hat diese nicht nur seine exportorientierte Industrie sondern über negative Vertrauenseffekte auch die binnenwirtschaftlichen Sektoren schwer in Mitleidenschaft gezogen. Nach den am 1. März 2010 vom finnischen Statistikamt veröffentlichten vorläufigen BIP-Zahlen ist das BIP im Jahr 2009 um 7,8 % und damit drastisch zurückgegangen. Dieser rapide Abfall hat zu einer außergewöhnlich großen Produktionslücke geführt, die für 2010 auf 4½ % des BIP geschätzt wird. Auch wenn der krisenbedingte Rückgang beim tatsächlichen BIP in weiten Teilen als konjunkturell anzusehen ist, wurde dadurch doch auch das Produktionspotenzial beeinträchtigt. Auch mittelfristig könnte die Krise das Potenzialwachstum beeinträchtigen, da sie die Investitionen bremst, die Kredite verknappt und die strukturelle Arbeitslosigkeit erhöht.

Tabelle 2: Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Haushalt^a

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales BIP (Veränderung in %)	4,1	2,9	4,4	4,9	1,2	-7,8	1,4	2,1
BIP-Potenzial (Veränderung in %)	2,7	2,5	2,2	2,2	2,1	1,1	1,0	1,3
Produktionslücke (in % des BIP-Potenzials)	-0,2	0,2	2,4	5,1	4,1	-5,0	-4,6	-3,8
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo	2,3	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Primärsaldo	3,9	4,2	5,5	6,7	5,6	-1,0	-2,6	-1,7
Einmalige und sonstige befristete Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0
Öffentliche Bruttoanlageinvestitionen	2,8	2,5	2,3	2,4	2,5	2,8	2,8	2,6
Konjunkturbereinigter Saldo	2,4	2,6	2,8	2,6	2,1	0,3	-1,4	-1,0
Konjunkturbereinigter Primärsaldo	3,9	4,1	4,3	4,1	3,5	1,5	-0,3	0,2
Struktureller Saldo ^b	2,4	2,6	2,8	2,6	2,1	0,4	-1,3	-1,0
Struktureller Primärsaldo	3,9	4,1	4,3	4,1	3,5	1,6	-0,2	0,2

Anmerkungen:

^a In Prozent des BIP, sofern nicht anders angegeben.

^b Konjunkturbereinigter Saldo ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen.

Quelle: Eurostat und Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen.

Die geplante Überschreitung des Referenzwerts von 3 % des BIP ist als vorübergehend im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu betrachten. So deuten die durch eine prognostizierte Stabilisierung der wirtschaftlichen Erholung gestützten Haushaltsprognosen der Kommission darauf hin, dass das Defizit im Jahr 2011 unter den Referenzwert absinken wird. Diese Haushaltsprojektionen basieren auf laufenden

Maßnahmen, wie der Erhöhung der Mehrwertsteuer und einiger Fabrikatsteuern, die 2011 0,2 % des BIP ausmacht. Größere einmalige Maßnahmen sind in dieser Projektion nicht enthalten.

Damit liegt das geplante Defizit zwar nicht in der Nähe des Referenzwerts von 3 % des BIP, doch wird dieser Wert im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten. Dies führt zu dem Schluss, dass das Defizitkriterium des AEUV nicht erfüllt ist.

4. EINSCHLÄGIGE FAKTOREN

Nach Artikel 126 Absatz 3 AEUV ist im Bericht der Kommission zu berücksichtigen, „ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats“. Diese Faktoren werden in Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates weiter erläutert, wonach „allen sonstigen Faktoren gebührende Beachtung [geschenkt werden muss], die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind, um die Überschreitung des Referenzwerts qualitativ in umfassender Weise zu beurteilen, und die der Mitgliedstaat der Kommission und dem Rat vorgelegt hat“.

Angesichts der o.g. Bestimmungen werden in den folgenden vier Abschnitten folgende Faktoren bewertet: 1.) die mittelfristige Wirtschaftslage, 2.) die mittelfristige Haushaltslage (einschließlich der öffentlichen Investitionen), 3.) sonstige Faktoren, die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind, und 4.) sonstige Faktoren, die aus Sicht der Kommission von Bedeutung sind.

4.1. Mittelfristige Wirtschaftslage

Konjunkturlage und Wachstumspotenzial. Vor Beginn der weltweiten Krise konnte Finnland dank eines anhaltenden, raschen exportgestützten Wachstums erhebliche Leistungsbilanz- und Haushaltsüberschüsse bilden. Dies versetzte das Land in die Lage, im Zeitraum 2009-2010 relativ umfangreiche diskretionäre Konjunkturmaßnahmen in Höhe von rund 3 % des BIP durchzuführen, und ermöglichte es den automatischen Stabilisatoren, ihre volle Wirkung zu entfalten, so dass die Auswirkungen der Krise auf den Inlandsmarkt bis zu einem gewissen Grad aufgefangen werden konnten. Trotz des drastischen BIP-Rückgangs im Jahr 2009 blieben die Auswirkungen der Krise auf das Finanzsystem, den Arbeitsmarkt und den Haushalts- und Unternehmenssektor in Finnland relativ gedämpft. Da auch für die wichtigsten Exportmärkte Finnlands von einer wirtschaftlichen Erholung ausgegangen wird, soll das BIP-Wachstum im Zeitraum 2010-2011 den Prognosen zufolge leicht über dem EU-Durchschnitt liegen. Angesichts der negativen Auswirkungen der derzeitigen Krise und der Bevölkerungsalterung auf das Wachstumspotenzial werden mittelfristig jedoch schwächere BIP-Wachstumsaussichten als in der vorangegangenen Dekade prognostiziert.

Jüngste Strukturreformen. Die Strukturreformen im Rahmen der Lissabon-Strategie zielten in erster Linie darauf ab, das Land für die Herausforderung der Bevölkerungsalterung zu wappnen, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf der Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und angesichts des baldigen Rückgangs der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter auf der Erhöhung des Arbeitskräfteangebots lag. Diese Reforminitiativen sind noch im Gange und dürften mittel- bis langfristig gewisse Haushaltsentlastungen mit sich bringen, wenngleich sie den alterungsbedingten Ausgabendruck nur teilweise ausgleichen. Eine Erhöhung von Arbeitskräfteangebot und

Beschäftigung würde sich erheblich auf Wachstumspotenzial und Steuerbasis auswirken und wäre damit ein wichtiges Element der Strategie zur Erhöhung der langfristigen Tragfähigkeit. Auf der Ausgabenseite hofft die Regierung, sowohl auf zentralstaatlicher Ebene als auch bei den lokalen Gebietskörperschaften Einsparungen zu erzielen. In den vergangenen Jahren hat die Regierung einige beachtliche produktivitätssteigernde Reformen für den Zentralstaat und die Gebietsebene ausgearbeitet. Auf zentralstaatlicher Ebene wurde das ehrgeizige Ziel gesteckt, im Zeitraum 2007 bis 2015 durch natürliche Personalabgänge mehr als 10 % des Personals abzubauen, womit das zweifache Ziel verfolgt wird, die Produktivität zu erhöhen und gleichzeitig dem schrumpfenden Arbeitskräfteangebot Rechnung zu tragen. Ein Rahmengesetz zur Förderung von Reformen bei der Struktur der lokalen Gebietskörperschaften und den von diesen erbrachten Dienstleistungen erhielt Anfang 2007 die Zustimmung des Parlaments. Dieses Gesetz soll Produktivitätssteigerungen herbeiführen und so gleichzeitig den Ausgabendruck verringern. Da die Reform der lokalen Gebietskörperschaften jedoch nur schrittweise durchgeführt wird, dürfte sie für die öffentlichen Finanzen erst längerfristig erhebliche Einsparungen mit sich bringen.

4.2. Mittelfristige Haushaltsslage

Strukturelles Defizit und Haushaltskonsolidierung in Zeiten günstiger Konjunktur. Wie in Zeiten günstiger Konjunktur angemessen, erzielte Finnland in der vorangegangenen Konjunkturphase, in der auch eine beträchtliche positive Produktionslücke entstand, nominal wie strukturell (d.h. konjunkturbereinigt und ohne Anrechnung einmaliger Maßnahmen) erhebliche Haushaltsüberschüsse. Angesichts der heftigen Auswirkungen der weltweiten Krise auf die finnische Wirtschaft dürfte auch die geschätzte Produktionslücke rapide in die Negativzone gerutscht sein. Auf die globale Krise reagierte Finnland mit relativ umfangreichen diskretionären Konjunkturmaßnahmen und ließ die automatischen Stabilisatoren in vollem Umfang wirken. Der finanzpolitische Kurs, der an der Veränderung des strukturellen Saldo gemessen wird, lässt auf eine antizyklische Wirkung der öffentlichen Finanzen in der Zeit des Konjunkturrückgangs schließen. Als mittelfristiges Haushaltsziel wird in der finnischen Stabilitätsprogrammaktualisierung 2010 ein struktureller Überschuss von 0,5 % des BIP angesetzt. Mit einem Defizit von 1,3 % des BIP im Jahr 2010, das 2011 leicht auf 1 % des BIP zurückgehen soll, liegt die derzeit geschätzte strukturelle Haushaltsposition erheblich unter dieser Zielvorgabe. In den Projektionen des Stabilitätsprogramms war unter der Annahme einer unveränderten Politik von einem mittelfristig nach wie vor weitgehend flachen strukturellen Defizit ausgegangen worden. Abgesehen von einigen begrenzten Steuererhöhungen in den Jahren 2010 und 2011 hat die Regierung noch keine umfassende mittelfristige Konsolidierungsstrategie bekanntgegeben.

Öffentliche Investitionen. Die öffentlichen Investitionen (in Prozent des BIP) lagen 2008 bei knapp über 2½ % des BIP, erhöhten sich im Zeitraum 2009-2010 infolge der Konjunkturmaßnahmen um einige Zehntel Prozentpunkte und sollen den Prognosen zufolge danach wieder auf ihren früheren Stand zurückkehren. Im Jahr 2010 wird das nominale gesamtstaatliche Defizit deshalb die öffentlichen Investitionen übertreffen, mittelfristig aber wieder unter deren Stand absinken. Strukturell wird das für 2010 auf rund 1 % des BIP geschätzte Defizit niedriger sein als die öffentlichen Investitionen und diese Distanz mittelfristig im Großen und Ganzen halten.

Qualität der öffentlichen Finanzen. Wichtigstes Instrument zur Kontrolle der zentralstaatlichen Ausgaben sind die mehrjährigen Ausgabenplafonds, die für konjunkturabhängige Ausgabenposten nicht gelten, so dass die automatischen Stabilisatoren uneingeschränkt zur Wirkung kommen konnten. Dieser Rahmen hat die Konjunktur und den

sozialen Zusammenhalt zwar während der Krise gestützt, doch auch zu einer relativ abrupten Verschlechterung der öffentlichen Finanzen geführt. Aus diesem Grund wird der Haushaltsrahmen erst dann automatisch eine Abschwächung des Ausgabendrucks auf zentralstaatlicher Ebene (einschließlich Sozialausgaben) bewirken, wenn die wirtschaftliche Erholung fest Fuß gefasst hat. Die lokalen Gebietskörperschaften verfügen über umfangreiche, verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsrechte, sind für die meisten Aspekte der Bereiche Bildung, Gesundheitswesen, langfristige Pflege und soziale Dienste zuständig und nicht an zentral festgesetzte Ausgabenplafonds gebunden. Beim Ausgabenwachstum haben die lokalen Gebietskörperschaften den Zentralstaat in den letzten Jahren übertroffen. Zum Ausgleich ihres relativ starken Ausgabenwachstums haben die lokalen Gebietskörperschaften in der Vergangenheit immer wieder zu Steuererhöhungen gegriffen, was die allgemeine Steuerlast in Finnland noch weiter erhöht hat. Die Regierung setzt ihre Reformen bei der Struktur der lokalen Gebietskörperschaften und den von diesen erbrachten Dienstleistungen fort, um das Ausgabenwachstum einzudämmen, das auch darauf zurückzuführen ist, dass auf mittlere bis lange Sicht zusätzliche alterungsbedingte Ausgaben erforderlich sein werden.

Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. In seiner Stellungnahme vom 26. April 2010 zur jüngsten Stabilitätsprogrammaktualisierung bewertete der Rat die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Finnlands wie folgt: Die Bevölkerungsalterung wirkt sich langfristig zwar etwas stärker auf die öffentlichen Haushalte aus als im EU-Durchschnitt, doch haben die in Kraft gesetzten Rentenreformen dazu beigetragen, den für die kommenden Jahrzehnte projizierten Anstieg der Rentenausgaben in Grenzen zu halten. Außerdem wird das umfangreiche Vermögen der gesetzlichen Rentenkassen helfen, einen Teil der künftig höheren Rentenausgaben zu bestreiten. Durch die im Programm geschätzte Haushaltsposition 2009 verschärfen sich die budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Tragfähigkeitslücke. Die mittelfristige Sicherung hoher Primärüberschüsse und die Durchführung geeigneter Strukturreformen würden dazu beitragen, die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die im Tragfähigkeitsbericht der Kommission von 2009 als gering eingestuft wurden, einzudämmen. Der Rat forderte Finnland auf, zeitig Schritte zu unternehmen, um eine umfassende und konkrete mittelfristige Haushaltsstrategie für die Konsolidierung ab 2011 festzulegen, auch um das mittelfristige Ziel zu erreichen und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen.

4.3. Sonstige Faktoren, die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind

Die finnischen Behörden haben keine einschlägigen Faktoren im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates angeführt.

4.4. Sonstige Faktoren, die aus Sicht der Kommission von Bedeutung sind

In seiner Stellungnahme zur jüngsten Stabilitätsprogrammaktualisierung vertrat der Rat die Auffassung, dass die Haushaltsergebnisse mittelfristig schlechter ausfallen könnten als im Programm projiziert. Während sich die Risiken für die eher unmittelbaren Wachstumsaussichten in Grenzen halten, da die jüngsten Frühindikatoren auf einen relativ robusten und stetigen Vertrauenszuwachs bei den Verbrauchern und in geringerem Maße auch den Unternehmern hinweisen, könnten die Haushaltsergebnisse in den späteren Jahren schlechter ausfallen als erwartet, da die Projektionen auf ausgesprochen günstigen Wachstumsannahmen beruhen.

Der Rat forderte Finnland auf, die Finanzpolitik 2010 wie geplant in Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm durchzuführen und dabei sicherzustellen, dass die geplante Überschreitung des Referenzwerts von 3 % des BIP in Grenzen gehalten wird und nur vorübergehend erfolgt, und zeitig Schritte zu unternehmen, um eine umfassende und konkrete mittelfristige Haushaltsstrategie für die Konsolidierung ab 2011 festzulegen, auch um das mittelfristige Ziel zu erreichen und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das gesamtstaatliche Defizit Finnlands soll 2010 4,1 % des BIP erreichen, womit es über dem Referenzwert von 3 % des BIP und nicht mehr in dessen Nähe läge. Der Referenzwert kann im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts als ausnahmsweise überschritten angesehen werden. Auch kann die Überschreitung als vorübergehend gewertet werden. Dies führt zu dem Schluss, dass das Defizitkriterium des AEUV nicht erfüllt ist.

Der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand bleibt unter dem Referenzwert von 60 % des BIP. Dies führt zu dem Schluss, dass das Schuldenstandskriterium des AEUV erfüllt ist.

Gemäß dem AEUV wurden im vorliegenden Bericht auch „sonstige einschlägige Faktoren“ geprüft, die laut Stabilitäts- und Wachstumspakt in den Etappen auf dem Weg zu der Entscheidung über das Bestehen eines übermäßigen Defizits nur dann berücksichtigt werden können, wenn die doppelte Voraussetzung – dass das Defizit in der Nähe des Referenzwertes bleibt und der Referenzwert nur vorübergehend überschritten wird – in vollem Umfang erfüllt ist. Für sich betrachtet scheinen die einschlägigen Faktoren im vorliegenden Fall aufgrund der guten Erfolgsbilanz der finnischen Finanzpolitik per Saldo relativ günstig.